

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ

COMITÉ SUISSE CONTRE UNE POLITIQUE UNIVERSITAIRE DÉMESURÉE

Postfach 4059

3001 Bern

PC 30 - 6064

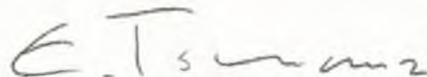
Bern, 23. Mai 1978

An die Presse

Sehr geehrte Damen und Herren

Im vorliegenden 8. Pressedienst unseres Aktionskomitees wird in drei verschiedenen Artikeln hauptsächlich Stellung genommen zum Problem der arbeitslosen Akademiker. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie durch den Abdruck des einen oder andern Artikels mithelfen, die Stimmbürger über die volle Tragweite des am kommenden Wochenende zur Abstimmung gelangenden Hochschulgesetzes aufzuklären. An dieser Stelle möchten wir es nicht unterlassen, Ihnen für die bisherige Unterstützung im Abstimmungskampf den besten Dank auszusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN
DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ
Für den Presseausschuss:



E. Tschanz

VOR DER GEBURT VERALTET

Von Nationalrat Dr. Walter Allgöwer, Basel

Das am kommenden Wochenende zur Abstimmung gelangende Hochschulförderungsgesetz stammt mit seinen Anfängen aus einer Zeit, da in unserem Land noch der ungebrochene Wachstumsglaube herrschte. Die Mittelschulen wurden in vielen Kantonen in übertriebener Weise ausgebaut, so dass heute nicht wenige leere Klassenzimmer umsonst auf Schüler warten. Rund 300'000 Arbeitsplätze haben wir inzwischen verloren und damit auch zahlreiche Kaderpositionen. Trotzdem soll die Produktion von Akademikern nicht nur im schon bisher überdimensionierten Mass weitergehen, sondern sogar verstärkt werden! Man nennt das "Förderung", obgleich damit etwas forciert wird, das sich sehr bald für das ganze Land ungünstig auswirken muss. Ein Blick nach Deutschland (oder Italien) hätte genügt, die wirtschaftlich und politisch üblen Folgen einer solchen Steigerung zu sehen: Heute schon rund 50'000 arbeitslose Akademiker, stellenlose Lehrer, Brutofen für "Systemveränderer" oder gar der Terrorszene.

Selbstverständlich muss etwas geschehen, um für die vier bis fünf geburtenstarken Jahrgänge vermehrte Studienplätze zu schaffen - aber nur vorübergehend. Man kann beispielsweise die Ferien ausnützen, oder die freien Abende, oder die Studienmöglichkeiten im Ausland. Aber es ist unzulässig, ein nur momentanes Anschwellen der Studenten heimlich dafür zu benutzen, die Expansion der Hochschulen in einem politisch und wirtschaftlich untragbaren Mass voranzutreiben. Wir schaffen damit das akademische Proletariat, das bisher nur Deutschland oder Italien in beängstigendem Mass kennen.

Heute wird mit dem Schreckgespenst "Numerus clausus" gedroht. Aber das neue Gesetz bildet keinerlei Garantie, dass nicht irgendeine Bremsung erfolgen muss; insbesondere bei den Mediziner*innen ist es nicht in erster Linie das fehlende Geld, das zu Restriktivmassnahmen führen kann, sondern der Mangel an Klinikplätzen - und die verschlechterten Berufsaussichten. Es gibt nichts Un-

verantwortlicheres, als einen jungen Menschen ein ganzes Studium durchstehen zu lassen und ihn nach Abschluss nicht im gelernten Fach tätig sein zu lassen. "Je akademischer, desto mehr arbeitslos" heisst die Ueberschrift eines aufschlussreichen Artikels in einer führenden deutschen Zeitung. Wir sollten es nicht so weit kommen lassen.

Leider ist es nicht gelungen, das heute zwischen Basel und Basel-land bestehende Abkommen als Modell für die ganze Schweiz anzuwenden. Darnach zahlt ein Nichthochschulkanton den Universitätskantonen pro Studierenden eine bestimmte Summe. Wie der negative Volksentscheid von Schaffhausen zeigt, besteht hiefür nicht einmal für die Ausbildung der Aerzte grosse Lust. So wird das neue Gesetz zu einer noch grösseren Belastung der Hochschulkantone, statt zu einer längst notwendigen Entlastung führen. Nicht umsonst hat sich der Erziehungsdirektor von Basel klar dagegen ausgesprochen.

Unser schweizerisches Bildungssystem hat sich bisher harmonisch entwickelt und allen Stufen (Volksschule, Berufsschulen, Mittel- und Hochschulen) ihren Anteil zukommen lassen. Nun soll ein Gesetz durchgezwängt werden, das auf Voraussetzungen beruht, die nicht mehr stimmen, das also bei seiner Geburt schon veraltet wäre. Es muss zu einer politischen und wirtschaftlichen Störung führen und auf lange Sicht erheblichen Schaden verursachen. Deshalb muss das Volk korrigieren, was übereifrige Räte in Verkennung ihrer Zeit vorschlagen und ein klares Nein in die Urne legen.

APPENZELL A.-RH: AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS HOCHSCHULGESETZ

Unter dem Vorsitz von alt Kantonsrat K. Fischer, Waldstatt, hat sich ein Komitee gebildet, das die besondere Problematik der Abstimmungsvorlage 4 betreffend Hochschulgesetz der Appenzeller Stimmbürgerschaft bekannt macht und dieses Gesetz zur Ablehnung empfiehlt.

FLEISCHKÄSE-HERSTELLER MIT DOKTOR-TITEL ?

Von Nationalrat Dr. Hans Ulrich Graf, Bülach

Seit sich in unserem Lande die Rezession breitgemacht hat, ist die Bildungseuphorie der Hochkonjunktur merklich abgeklungen. Denn als vor wenigen Jahren die ersten Betriebe Personal entlassen mussten, hielt man zuerst in den Büros Umschau, ob nicht hier zu redimensionieren wäre. Das Resultat ist bekannt: unvermittelt sahen sich Leute mit absolviertem Hochschulstudium auf der Strasse; der Anteil der "höheren Berufe" bei den Arbeitslosen stieg von 3,9 % auf 6,2 % bis auf 12,5 % im Jahre 1977. Mit Akademikern in jedem zweiten Büro lässt sich eben die Wirtschaft nicht ankurbeln. Gerade in der Rezession zeigte es sich klar, dass wir in erster Linie tüchtige Facharbeiter und Meister brauchen, d.h. Leute der Praxis, die sich im nüchternen Wirtschaftsleben vielfach besser zurechtfinden, als Leute mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

Aus diesen Tatsachen ziehen gerade jene Leute die Konsequenzen nicht, von denen man eigentlich diesbezüglich eine gewisse Einsicht erwarten können sollte. Stattdessen befürworten sie ein Hochschulförderungsgesetz, das einen zusätzlichen Sog in die Universitäten auslöst und noch mehr arbeitslose Akademiker zur Folge hätte. Muss denn jedes nur mässig begabte Kind durch die Mittelschule und die Universität geschoben und gezogen werden, als ob selbst zur Fleischkäse-Fabrikation noch ein Doktor-Titel nötig wäre...

Eine solche Hochschulpolitik ist mehr als kurzfristig und früher oder später wird uns dafür die Rechnung präsentiert werden, eine Rechnung, welche dem Bund immer neue finanzielle Verpflichtungen überbindet und die angesichts seiner Finanzlage einfach nicht zu verantworten ist. Denn wie wollen wir alle diese Akademiker, die Jahr für Jahr unsere Hochschulen verlassen, sinnvoll in unserem Arbeitsprozess eingliedern?

Wollen wir Hochschulen bauen, die in wenigen Jahren über grosse freie Kapazitäten verfügen, weil die Geburtenziffern in der

Schweiz seit Jahren rückläufig sind? Sollen wir einem Hochschulförderungsgesetz zustimmen, das wegen eines temporären Engpasses teure Ueberbrückungsmassnahmen auf alle Zeiten hinaus zementieren würde?

Nein, wir haben in der Schweiz noch andere Bildungsaufgaben, als nur just das Heranzüchten eines Heeres von Akademikern! Mir sind bestausgebildete, tüchtige Berufsleute lieber, als akademischer Flugsand; denn jene erhalten unsere Wirtschaft in Schwung!

ARBEITSLOSE AKADEMIKER

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat kürzlich in einem Bericht festgestellt, dass die Beschäftigungsaussichten für Akademiker in der westlichen Welt nicht günstig sind. In Frankreich haben im Jahre 1976 45'000 Menschen mit höherer Bildung keine Arbeit finden können. 1971 waren es nur 14'000. In den USA werden zwischen 1974 und 1985 rund 420'000 Akademiker mit dem 2. Staatsexamen (Post-Graduate) die Hochschulen verlassen. Für sie werden aber nur rund 200'000 Stellen vorhanden sein. Von dieser Beschäftigungsmisere sind insbesondere auch die Frauen stark betroffen.

Bekanntlich hat es heute in der Bundesrepublik Deutschland bereits 40'000 Akademiker, die in den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert sind. Auch in der Schweiz wird die Lage langsam kritisch. 2 1/2 % der Absolventen sind nach einer kürzlichen Erhebung nach Studienabschluss immer noch ohne Stelle und 7 % werden an Arbeitsplätzen beschäftigt, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen. Bekanntlich hat ja der Bundesrat bereits eine Million Franken Kredit für die Schaffung von Praktikantenstellen für junge arbeitslose Hochschulabsolventen beschlossen.

In der Schweiz haben wir die Expansion des Hochschulwesens nicht in gleichem Masse wie im Ausland mitgemacht. Nun soll dies aber durch das neue Hochschulgesetz, über das am kommenden Wochenende

abgestimmt wird, nachgeholt werden. Es sollen neue Studienplätze für nicht weniger als 12'000 - 15'000 Studenten geschaffen werden, ohne dass man sich darum kümmert, was mit den Leuten nachher geschehen soll. Man braucht kein Hellseher zu sein, um voraussagen zu können, dass man in unserem Lande in den nächsten Jahren nicht zehntausend Akademiker mehr braucht. Wenn die Leute trotzdem ausgebildet werden, sind sie entweder arbeitslos oder sie sind gezwungen, untergeordnete Stellen anzunehmen. Die Folgen sind Frustrationen und die Blockierung der Aufstiegsmöglichkeiten der Nichtakademiker.

Hat man bei den Behörden wirklich nichts gelernt aus den Fehlprognosen der letzten Jahre, mit leeren Schulhäusern, überdimensionierten Mittelschulen und Seminarien? Muss es nun sein, dass wir in Zukunft auch noch halbleere Universitäten und Tausende von arbeitslosen Akademikern haben?

Einerseits: Bevölkerungsrückgang und ausgewiesener Mangel an gelernten und angelernten Berufen.

Andererseits: Verantwortungsloses Aufblähen der Hochschulen von 55'000 Studierenden auf 65'000.

Einerseits: Zunahme der ungedeckten Staatsverschuldung auf Fr. 8,7 Mrd. im Jahre 1978 (1974 = 1,6 Mrd.).

Andererseits: Steigerung der Hochschulauslagen von bisher 1,67 Mrd. um nochmals 500 Millionen.

Einerseits: Ungebraucht leerstehende Gebäulichkeiten der ETH in Zürich.

Andererseits: Gegenwärtige Errichtung der ETH in Lausanne-Ecublens mit Baukosten von 388 Millionen.

Deshalb ein NEIN gegen die unvernünftige Hochschulförderung.